



Postulat betreffend

Förderung von E-Mobilität – Strategie für Ladestationen im öffentlichen Raum

Marc Barben (GRÜNE/ JG) und Fraktionen: GRÜNE/JG und SP, Nicole Krenger (gIp), Nicolas Glauser (gIp), Daniela Huber Notter (Die Mitte), Alois Studerus (Die Mitte), Simon Werren (Die Mitte), vom 23. September 2021

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, im Rahmen der Klimastrategie ein Konzept zur Förderung von E-Mobilität und von entsprechenden Ladestationen zu erarbeiten und dabei folgende Grundsätze zu berücksichtigen:

- Bei Anpassungen an bestehenden und bei der Planung von neuen Gemeindeimmobilien (inkl. Parkplätze etc.) wird die Bereitstellung von Ladeinfrastruktur von Beginn an eingeplant
- Die Bereitstellung von Ladeinfrastruktur auf öffentlichen Parkplätzen (z.B. blaue Zone) wird berücksichtigt
- Bei der Beschaffung von neuen Fahrzeugen bevorzugt der Gemeinderat CO₂-freie Antriebstechnologien
- Gemeindeeigene Ladestationen werden mit erneuerbarem Strom betrieben

Begründung

Dem aktuellen Trend entsprechend gewinnt die Elektromobilität auch in Thun zunehmend an Bedeutung. Aus dem Grundlagenbericht zur Klima- und Energiestrategie¹ ist (unabhängig von gewähltem Szenario und Absenkpfad) ablesbar, dass die Förderungen von E-Mobilität einen wichtigen Beitrag zu einem klimaverträglicheren Verkehr und dem Netto-Null-Ziel leisten wird. Um dieser Transformation den nötigen Schub zu verleihen, ist es zentral, dass eine gute Infrastruktur an Lademöglichkeiten vorhanden ist. Als Energiestadt auf dem Weg zum Goldlabel kommt Thun nicht umhin, alternative und CO₂-neutrale Formen der Mobilität aktiv zu fördern. Die Erfahrungen zeigen, dass der grösste Bedarf an Ladestationen zu Hause oder am Arbeitsplatz gegeben ist. In Anbetracht der Tatsache, dass die Mehrheit der Bevölkerung in Mietwohnungen oder im Falle von Wohneigentum im Stockwerkeigentum wohnt, zeigt die Herausforderung, dass dieser Teil der Bevölkerung nicht in eigener Verantwortung die nötigen Ladestationen realisieren kann. Es wird auch Ladestationen im öffentlichen Raum benötigen. Die zentrale Frage wird hierbei sein, wo diese bedarfsgerecht sind und wie diese realisiert werden können.

Im geforderten Konzept können unter anderem Ziele und Ausbauschritte für Ladeinfrastruktur auf gemeindeeigenen und anderen öffentlichen (Velo-)Parkplätzen und Parkhäusern definiert werden, es können Tarifstrukturen und Bezahlösungen evaluiert werden oder es kann geprüft werden, ob bei der laufenden Revision des Baureglements Zusatzbestimmungen bezüglich der Pflicht zur Errichtung von Ladeinfrastruktur bei Neubauten ab einer gewissen Anzahl Parkplätze respektive Veloabstellplätze sinnvoll sind.

Diese Herausforderungen stellen sich nebst Thun auch den Nachbargemeinden und entsprechende Vorstösse wurden in deren Parlamenten eingereicht (Bspw. Spiez², Steffisburg³). Vor diesem Hintergrund ist es wünschenswert, dass die Stadt Thun die regionale Zusammenarbeit in diesem Thema sucht, damit auch eine Anlaufstelle bez. «E-Mobilität» definiert werden kann. Eine regionale Anlaufstelle in Sachen «E-Mobilität» kann – in Zusammenarbeit mit Interessengruppen sowie externen Fachleuten und Fachstellen – sicherstellen, dass bei entsprechenden Projekten die Thematik von Beginn an eingeplant wird und die notwendigen Informationen allen Beteiligten und Investitionswilligen vorliegen. Weiter können über die Anlaufstelle Anbieter öffentlicher Parkplätze und Parkhäuser, insbesondere Transportunternehmen und Grossverteiler, beraten werden. Zudem soll geprüft werden, inwiefern interkommunal zusammengearbeitet werden kann.

Die Energiestadt Thun kann zudem ganz im Sinne ihrer Vorbildfunktion in ihrem Einflussgebiet auf eine E-Mobilität setzen, die durch erneuerbaren und lokal erzeugtem Strom betrieben wird und diesen auch selbst nutzen. Weiter soll die Gemeinde versuchen zu erwirken, dass bei allen Ladestationen auf dem Gemeindegebiet erneuerbare und lokal erzeugte Energie verwendet wird.

¹ [Stadt Thun - Konsultation](#)

² [dok.php \(spiez.ch\)](#)

³ [Scanned Document \(steffisburg.ch\)](#)



Dringlichkeit:
wird verlangt ja nein